



Brüssel, den 14. März 2025
(OR. en)

6850/25
ADD 1

INST 61
POLGEN 23
AG 28

VERMERK

Absender: Generalsekretariat des Rates

Empfänger: Rat

Nr. Vordok.: 6648/2/25 REV 2

Betr.: Legislative Programmplanung

- Gemeinsame Erklärung über die gesetzgeberischen Prioritäten der EU für 2025
- Gemeinsame Schlussfolgerungen zu den politischen Zielen und Prioritäten für den Zeitraum 2025-2029
 - = *Billigung*
 - = Erklärung

Erklärung Ungarns zu den gemeinsamen Schlussfolgerungen des Europäischen Parlaments, des Rates der Europäischen Union und der Europäischen Kommission zu den politischen Zielen und Prioritäten für den Zeitraum 2025-2029

Ungarn hat den vom polnischen Vorsitz vorgelegten Text der gemeinsamen Schlussfolgerungen geprüft und die Standpunkte der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments sowie die Einschränkungen hinsichtlich etwaiger Änderungen des Textes zur Kenntnis genommen. Ungarn hat mehrere Aspekte ermittelt, die im Widerspruch zu seinen bekannten und kontinuierlich dargelegten Zielen und Prioritäten stehen; Ungarn wird sich daher der Billigung der gemeinsamen Schlussfolgerungen nicht anschließen und hebt die folgenden grundlegenden Punkte hervor: In den gemeinsamen Schlussfolgerungen wird zwar erklärt, dass die Europäische Union die Ukraine so lange wie nötig unterstützt, allerdings kommen darin leider weder die Forderung der drei Organe nach einer raschen Beendigung des Konflikts noch ihre Zusage, die Bemühungen um einen Waffenstillstand und Frieden zu unterstützen, zum Ausdruck. Das Dokument geht nicht auf die Defizite der umzusetzenden Rechtsvorschriften im Bereich der Migration ein und wird der Dringlichkeit, gegen irreguläre Migration anzugehen, nicht gerecht. Die EU muss über die bloße Steuerung der Migration hinaus innovative Lösungen und neue Wege zur Verhinderung und

Bekämpfung der irregulären Migration im Einklang mit ihrer Strategischen Agenda 2024-2029 sondieren. Das Dokument entspricht nicht den Erwartungen Ungarns, wenn es darum geht, eine angemessene Entschlossenheit zu signalisieren, alle Formen der Desinformation sowie der Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland unabhängig von ihrer Quelle zu bekämpfen.
